



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Bürgerbeteiligung und
Netzpolitik -

Tagesordnung Punkt 10 der öffentlichen Sitzung am 8. September 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-08-0016

**Änderungsantrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion zu TOP 2 der Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 04. Februar 2020
-Antrag der Fraktion L&P vom 04.02.2020-**

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass der Ausländerbeirat die Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund vertritt, sich für eine Verbesserung ihrer Lebenslagen und gegen Diskriminierung einsetzt und als gleichberechtigter Partner an der Entwicklung von Konzepten nicht nur zur Integration mitarbeitet.
2. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, dass der Ausländerbeirat gewählt wird und damit demokratisch legitimiert ist. Außerdem begrüßt sie, dass der Wahltermin des Ausländerbeirates mit der Kommunalwahl zusammengelegt wird und somit eine höhere Wahlbeteiligung zu erwarten ist.
3. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen die Änderung in der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) aus, die den Ausländerbeirat durch eine Integrations-Kommission ersetzen kann, und unterstützt die Kritik der Ausländerbeiräte in Hessen. Damit würde das einzige Wahlrecht von Drittstaatlern abgeschafft. Somit würde die politische Partizipation von Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund eingeschränkt werden.
4. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Forderung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah) nach einem vollständigen Rede- und Antragsrecht zu allen politischen Themen in der Stadtverordnetenversammlung. Solange Drittstaatler kein Kommunalwahlrecht haben, muss die Möglichkeit politischer Teilhabe durch die Stärkung der Ausländerbeiräte ausgebaut werden.
5. Die Stadtverordnetenversammlung versichert dem Ausländerbeirat die Bereitstellung der benötigten Mittel, damit dieser bei der Erledigung seiner Aufgaben die notwendigen Finanz- und Sachmittel sowie Räumlichkeiten erhält.

Beschluss Nr. 0050

Der Antrag wird abgelehnt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2020

Sobek
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .09.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2020

Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Mende
Oberbürgermeister